Alternativen in der Landwirtschaft - Utopie oder Ideologie?

Birgit Peuker, bpeuker@web.de

5. September 2013

1 Einleitung

Der Englische Historiker Eric Hobsbawm schrieb in seinem Buch „Das Zeitalter der Extreme“: „Der dramatischste und weitreichendste Wandel in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, der uns für immer von der Welt der Vergangenheit getrennt hat, war der Untergang des Bauerntums“ (vgl. Hobsbawm, 1998, 365). Er bezieht sich nicht nur auf die Erosion der dörflichen Kultur, sondern die Marginalisierung der Landwirtschaft als Wirtschaftsbereich, was den Anteil der Beschäftigten betrifft ebenso wie den Anteil an der Wirtschaftsleistung eines Landes.

Parallel mit dem „Untergang des Bauerntums“ avancierte der „Bauer“ und das „Dorf“ seit der ersten Agrarrevolution Ende des 18. Jahrhunderts zum Gegenbild von Stadt und der ländliche Raum zur Projektionsfläche von „Natur“, die nun als Freizeitort der städtischen Bevölkerung diente (vgl. Hermand, 1991).

Ebenso wurde mit der beginnenden Industrialisierung der Landwirtschaft auch Alternativen zum Einsatz von Maschinen, chemischen Dünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln diskutiert. Die ökologische Landwirtschaft stellt eine solche Alternative dar. Sie ist nicht nur prominent in der Debatte vertreten, sondern konnte auch in den letzten 30 Jahren die Anbaufläche steigern, alternative Vermarktungswege etablieren und regulatorische Absicherung finden.

Welche Stellung nimmt die ökologische Landwirtschaft im Strukturwandel ein? Befinden wir uns momentan nach der Industrialisierung der Landwirtschaft in einem Übergang zur nachhaltigen Landwirtschaft? Die Erörterung im folgenden zweiten Abschnitt dieses Artikels beantworten diese Frage mit nein. Vielmehr scheint sich die ökologische Landwirtschaft in einem Nischenmarkt zu etablieren. Verharrt sie dort um die Wünsche einer Konsumenten-

schicht, die sich ihr romantisierendes Bild von der Landwirtschaft erhalten wollen, zu bedienen? Oder ist das Terrain von alternativen Netzwerken mühsam erkämpft? Die Frage anders gestellt, ist die ökologische Landwirtschaft Utopie oder Ideologie?

Diese beiden Begriffe schließen an Karl Mannheim und seiner Definition von Utopie und Ideologie an (vgl. MANNHEIM, 1985). Mannheim definierte diese beiden Begriffe darüber, welchen sozialen Status die sozialen Akteure haben, die eine bestimmte Idee propagieren. Der Begriff „Ideologie" bezieht sich darauf, „daß herrschende Gruppen in ihrem Denken so intensiv mit ihren Interessen an eine Situation gebunden sein können, daß sie schließlich die Fähigkeit verlieren, bestimmte Tatsachen zu sehen, die sie in ihrem Herrschaftsbewußtsein verstören könnten" (MANNHEIM, 1985, 36). Die ökologische Landwirtschaft als Ideologie wäre das Feigenblatt, das eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft verdecken soll. Der Begriff „Utopie" bezieht sich bei Mannheim darauf, „daß nämlich bestimmte unterdrückte Gruppen geistig so stark an der Zerstörung und Umformung einer gegeben Gesellschaft interessiert sind, daß sie unwissentlich nur jene Elemente der Situation sehen, die diese zu negieren suchen. [...] Im utopischen Bewußtsein verdeckt das von Wunschvorstellungen und dem Willen zum Handeln beherrschte kollektive Unbewußte bestimmte Aspekte der Realität" (MANNHEIM, 1985, 36). Aus dieser Sichtweise stellt die ökologische Landwirtschaft eine Alternative dar, die weiterentwickelt werden kann, auch wenn dabei von der derzeitigen Chancenlosigkeit ihrer Durchsetzungskraft abgesehen werden muss.

Wichtig für die Abgrenzung von Ideologie und Utopie bei Mannheim sind also die gesellschaftlichen Trägergruppen, die hinter einer Idee stehen. Demnach wird bei der Erörterung der Frage, ob die ökologische Landwirtschaft eine Utopie oder eine Ideologie sei, zunächst der Frage nachgegangen, welchen Einfluss soziale Akteure mit ihren Vorstellungen von Landwirtschaft auf den Strukturwandel hatten.

Dazu soll im *zweiten Abschnitt* der Strukturwandel am Beispiel der Entwicklung in Deutschland in den letzten 100 Jahre skizzenhaft dargestellt werden. Hier stand der Erhalt der familiengeführten kleineren und mittleren Betriebe auf der Agenda der Agrarpolitik. Dieses Ringen um die Familienlandwirtschaft wird als Vorläufer der Auseinandersetzungen um eine ökologische Landwirtschaft dargestellt. Dies geschieht aus zwei Gründen: Zum einen werden im zeitgenössischen Diskurs familiengeführte Betriebe der traditionellen Landwirtschaft ebenso als Alternative zur industrialisierten Landwirtschaft angeführt, die meist schon von sich aus nach ökologischen Kriterien wirtschaftet. Zum anderen stellen beide Formen eine Alternative zur herrschenden Entwicklungstendenz dar. Anhand von einigen Beispielen aus

der Agrarpolitik soll gezeigt werden, wie trotz starker landwirtschaftlicher Lobbyarbeit für einen Erhalt von kleineren und mittleren Familienbetrieben, die Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse weitergetrieben wurden. Agrarpolitische Maßnahmen zu deren Förderung kehrten sich beständig in ihr Gegenteil.

Bedeutet das, dass soziale Akteure keinen Einfluss auf den Strukturwandel hatten? Im *dritten Abschnitt* soll die These aufgestellt werden, dass das Bild einer schützenswerten Familienlandwirtschaft in der Agrar-Politik als Ideologie fungiert haben könnte, welche die Interessen größerer landwirtschaftlicher Betriebe schützte. Diese Einsicht kann auf die Diskussion um die ökologische Landwirtschaft übertragen werden. Auch wenn der Anteil der ökologischen Landwirtschaft an der Gesamtanbaufläche in Deutschland im letzten Jahrzehnt gesteigert werden konnte, verbleibt dieser jedoch mit 6,1 Prozent im Jahr 2011 marginal (vgl. www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de).

Dennoch wäre es verfehlt – dies ist die Annahme, von der der *vierten Abschnitt* ausgeht – alle sozialen Akteure, die sich für eine ökologische Landwirtschaft engagieren, als Romantiker darzustellen. Die transnationalen Agrar-Bewegungen und mit ihnen prominent La Via Campesina haben nicht nur der der Landwirtschaft zu neuer Bedeutung verholfen. Ihre neuen Leitbilder, wie der der Agrar-Ökologie und der Ernährungssouveränität umfassen nicht nur alternative landwirtschaftliche Praktiken, sondern zielen ebenso auf ein alternatives Gesellschaftskonzept.

Die Parteinahme für eine ökologische Landwirtschaft ist damit eine politische Gradwanderung.

Der Beitrag ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt stellt die Spannungen zwischen Agrarpolitik und Agrarentwicklung mit dem Fokus auf Deutschland dar. Der zweite Abschnitt widmet sich den Analysen von Ideologie und Landwirtschaft und der dritte Abschnitt von Utopie und Landwirtschaft.

2 Strukturwandel

Im Folgenden wird sich – skizzenhaft – auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft der letzten hundert Jahre in Deutschland beschränkt, um zwei Dinge zu verdeutlichen: *Erstens*, dass starke landwirtschaftliche Lobbyorganisationen Einfluss auf agrarpolitische Maßnahmen ausübten, um einen Schutz der Familienlandwirtschaft zu erreichen, aber diese Maßnahmen jeweils das Gegenteil bewirkten, nämlich eine weitere Rationalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft und eine Abwanderung der Bevölkerung vom

Land in die Städte. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges stemmten sich die alten Agrareliten gegen eine Modernisierung der Landwirtschaft, die aber dennoch stattfand. *Zweitens* soll verdeutlicht werden, dass der Übergang ohne große Konflikte, ohne Widerstand bei den Bauern stattfand. Zwar gab es hier und dort bäuerliche Proteste, sie formten sich aber nicht zu einer eigenständigen Agrar-Bewegung mit eigener politischer Identität und eigenen Forderungen. Ein tiefgreifender sozialer und gesellschaftlicher Wandel fand ohne organisierten Protest statt. Dies war zwar in anderen Ländern anders, hier bildeten die Bauern ein mobilisierbares Protestpotential, aber auch hier kamen die politischen Ideen nicht von den Bauern selbst, sondern von politischen Akteuren aus den Städten.

Die Ausführungen in diesem Abschnitt sollen also verdeutlichen, dass weder die alten Agrar-Eliten noch die Bauern fähig waren, den Strukturwandel aufzuhalten, trotzdem sie einflussreich und (zumindest bis zur Mitte des Jahrhunderts) zahlreich waren.[1]

Der Abschnitt ist gegliedert in die Zeit bis zum Nationalsozialismus und den Entwicklungen nach dem zweiten Weltkrieg.

2.1 Elitenkonflikt und Antimodernismus

Bereits die erste Agrarrevolution Ende des 18. Jahrhunderts führte bereits zu einer Rationalisierung der Bodenbewirtschaftung und hatte durch die Abschaffung der Leibeigenschaft weitreichende Veränderungen in der Sozialstruktur nach sich gezogen.[2] Die Organisation landwirtschaftlicher Interessen in Deutschland fand erst hundert Jahre später statt. Der Bund der Landwirte (BdL) wurde im Nachgang der Wirtschafts- und Agrarkrise, die 1873 begann und in den 1890er Jahren ihren Höhepunkt fand, gegründet (vgl. Puhle, 1975, 47f.). Puhle (1975) stellt in seiner Studie zu den politischen Agrarbewegungen für Deutschland eine weitgehende Kontinuität in der Organisation landwirtschaftlicher Interessen fest, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrie-

[1] Vgl. Hermand, 1991. Eric Hobsbawm stellt fest, dass nur in Großbritannien, Deutschland und Frankreich die Bauern größtenteils konservativ waren, nicht so aber in anderen Ländern wie Italien, Spanien, Russland, die Vereinigten Staaten, China und in den Ländern Lateinamerikas; hier waren die Bauern als Verbündete politischer Interessen gefürchtet. Vgl. Hobsbawm, 1977 [Engl. Erstv. 1975], 225ff. Er bezieht sich jedoch hier nur auf die Zeit in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Großteil der Wanderungsbewegungen vom Land in die Stadt fand aber ohne nennenswerte Gefahr in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts statt.

[2] Weitere Merkmale der ersten Agrarrevolution sind die gestiegene kulturelle und politische Bedeutung der Landwirtschaft und technische Neuerungen wie Düngung durch Viehzucht, Beseitigung von bestehenden Brachen und neuen Produkten wie Klee, Kartoffeln, Mais und Runkelrübe. Vgl. Bruckmüller, 2008: 213ff.

ges und bis teilweise darüber hinaus fortdauern sollte. Die Agrarinteressen waren seit Ausgang des 19. Jahrhunderts einheitlich und branchenunabhängig organisiert. Diese Einheitsorganisation war durch eine Zusammenführung kleinbäuerlicher und großbäuerlicher Interessen gekennzeichnet. Ebenso bestand ein Bündnis zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie gegen die Interessen kleinerer und mittlerer Bauern und der Arbeiter, das Ende der 1920er Jahren an der Frage des Freihandels zerbrechen sollte. Die Agrarinteressen wurden von Beginn an durch die ostelbischen Großgrundbesitzer dominiert. Sie schafften es, trotz aller Divergenzen der Interessen im Einzelnen, auch die Bauernschaft in die Organisation mit einzubinden. Interne Interessensgegensätze zwischen Großagrariern und Kleinbauern, zwischen regionalen Animositäten (wie zwischen Preußen und westdeutschen Katholiken) wurden verschleiert.

In Deutschland konnte die Einbindung der Bauern in diese Einheitsorganisation auf Grund deren zumeist konservativen Einstellung erfolgen. Dafür wurde die Unzufriedenheit auf dem Lande, die durch die Agrarkrise der 1870er-1890er Jahre verschärft wurde, durch Antisemitismus und Antimodernismus aufgeladen (vgl. Mai, 2007, 489). Die völkische Opposition im Kaiserreich erhob das Bauerntum zum Ideal. Das Bild des einfachen Bauern wurde der Hektik des Großstadtlebens entgegengestellt (vgl. Hermand, 1991, 82ff.).

Jedoch wurden die Bauern nicht nur aus konservativer Richtung heraus, sondern auch von diversen linken Strömungen, versucht zu politisieren. Solche Versuche gab es sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik. Sie waren jedoch weniger erfolgreich bzw. dauerhaft.[3] Zwar gab es auch alternative landwirtschaftliche Interessensverbände, diese verblieben aber marginal. So wurden die nach dem Ersten Weltkrieg in der Rätebewegung entstandene Bauernverbindungen in dem 1921 gegründeten Reichslandbund (RLB) in die Organisationstrukturen des ehemaligen Bundes der Landwirte integriert. Die Anfang der 1930er gegründeten Verbände konnten sich nicht lange halten (vgl. Puhle, 1975: 77ff.).

Mit dem Bund der Landwirte (BdL) und später dem Reichslandbund (RLB) entstand ein mächtiger landwirtschaftlicher Interessensverband, der in der Folge auch seinen Einfluss auf die Agrarpolitik ausübte. Die Hauptforderung des Bundes der Landwirte war von Beginn an Agrarprotektionismus. So waren die getreideanbauenden Großgrundbesitzer durch den Verfall der Getreidepreise auf Grund überseeischer Konkurrenz (Billiggetreide aus

[3]Vgl. Mai, 2007: 489. Hermand, 1991: 59ff. Vgl. zur Weimarer Zeit auch Kluge, 2005. Er stellt für diese Zeit fest, dass es bei den Agrarverbänden an einer Linksopposition mangelte und der RLB die Massenstimmung der deutschen landwirte prägte. Vgl. Kluge, 2005: 86f.

den USA) in Bedrängnis geraten. Der Ruf nach Protektionismus verband sich mit der Forderung nach einer staatlich gestützten Marktordnung – eine Forderung, die umgesetzt wurde und die bis heute auch die gemeinsame Agrarpolitik in der EU bestimmt.

Die alten Agrar-Eliten stemmten sich gegen das Leitbild einer „Modernisierung" der Landwirtschaft (vgl. Mai, 2007: 457f.). Konkret hielten die Großgrundbesitzer am Getreideanbau fest und wechselten nicht zur profitableren Veredelungswirtschaft (vgl. Kluge, 2005: 6). Ein weiteres Problem der Agrarpolitik bis in die Zeit des Nationalsozialismus blieb die Entschuldung der Betriebe. Die Verschuldung hatte ihren Grund in steigenden Preisen für Betriebsmittel und Löhne bei gleichzeitig sinkenden Agrarpreisen.

Diese Phase der Konstituierung der Organisation landwirtschaftlicher Interessen zeigt also, dass Kleinbauern in Deutschland zwar politisch umworben wurden aber keinen eigenständigen politischen Akteur darstellten und dies obwohl der Strukturwandel ihre Existenz direkt in Frage stellte. Letztlich verbündeten sie sich mit den Großgrundbesitzern. Doch konnten die alten Agrareliten ihre Vorstellungen von Landwirtschaft durchsetzen? Diese Frage soll anhand der Agrarpolitik zu Zeiten des Nationalsozialismus weiter verfolgt werden.[4]

2.1.1 Nationalsozialismus und Erbhofregelung

Der Erste Weltkrieg und der Aufstieg der industriellen Eliten brachten einen Bedeutungsverlust der alten Agrareliten mit sich. So wurden während des Ersten Weltkrieges die Agrarinteressen gegenüber den industriellen Interessen von der Politik weniger gefördert (vgl. Mai, 2007: 477). Ende der 1920er Jahre zerbrach ebenso die bis dahin bestehende Einigkeit der Interessen der Großgrundbesitzer und der neuen industriellen Eliten, die sich auf eine gemeinsame Gegnerschaft gegen die Bauern und Arbeiter stützte, an der Frage des Außenhandels. Während die alten Agrareliten weiter an einem Protektionismus festhielten, waren die Interessen der Industrie mehr auf Außenhandel und eine Zollunion ausgerichtet (vgl. Puhle, 1975: 89ff.). Dies führte auch in Folge der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahren zu einer Hinwendung der Reichslandbundes (RLB) – wie der Bund der Landwirte seit 1921

[4]Ein Hinweis aus der Literatur, der die hier vertretene These zumindest für die Zeit bis zum ersten Weltkrieg widerspricht gibt Kluge (2005). Er sieht die kleinbäuerlichen Interessen durch die Einheitsorganisation gestärkt, da so auch die Interessen der kleineren Betriebe Gehör fanden. Ebenso sieht er die Familienbetriebe durch die kaiserliche Agrarpolitik bestärkt. Die Familienbetriebe waren breiter aufgestellt und bauten nicht nur Getreide an. Die Schutzzölle wurden auf eine Vielzahl von landwirtschaftlichen Produkten erhoben. So konnten die Familienbetriebe ihre Produkte zu guten Preisen absetzen. Vgl. Kluge, 2005.

hieß – zur NSDAP. Diese Hinwendung zu den Nationalsozialisten vollzog sich auch an der Basis und zeigte sich an der Vielzahl von Parteieintritten und Wählerstimmen aus den ländlichen Bereichen (vgl. PUHLE, 1975: 90) und war durch den verbreiteten Antisemitismus und Antimodernismus unter der Bauernschaft bestens vorbereitet. Die bäuerlichen Interessensgruppen wurden eine wesentliche Stütze des Nationalsozialismus. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde der Reichslandbund nicht wie andere Organisationen Opfer der Gleichschaltung, sondern wurde mitsamt seinen Organisationsstrukturen als *Reichsnährstand* in den Staatsapparat integriert (vgl. PUHLE, 1975: 89ff., 92f., MAI, 2007: 477ff.).

Die anti-industrielle, völkische Ideologie der Nationalsozialisten erhob den Bauern zum deutschen Ideal. Nach MAI (2007) verband sich mit dem Elitenkonflikt der „kulturpessimistische Diskurs der europäischen Intellektuellen“ (MAI, 2007: 486). Diese standen für einen Kampf gegen Kapitalismus und Modernisierung und für eine kulturelle Reagraisierung. Die Landwirtschaft sollte in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt werden. Das Politikkonzept von Reichsbauernführer R.W. Darré sollte die Ziele Produktivitätssteigerung und Förderung der Familienbetriebe verbinden. Es umfasste traditionelle Forderungen nach Autarkie, Festpreise, staatliche Marktregulierungen, Entschuldung der Betriebe und eine ideologische Aufwertung des Bauernstandes (vgl. PUHLE, 1975: 93ff.).

Als eine der politischen Maßnahmen aus der Zeit des Nationalsozialismus soll im Folgenden die *Erbhofgesetzgebung* genauer betrachtet werden. Mit dieser Maßnahme wurde das Ziel verfolgt den Bauern als Stütze der Landwirtschaft zu fördern. Hierzu wurden Höfe zur Vergabe als Erbhof ausgeschrieben. Ebenso bestand die Möglichkeit, einen bereits bestehenden Hof als Erbhof anerkennen zu lassen. Der Erbhof sollte zwischen 7,5 und 125 Hektar groß sein, unveräußerlich, unteilbar und unbelastbar. Ebenso war der Erbhof vor der Zwangsvollstreckung gesichert. Das Anerbenrecht, bei dem das Erbe nur auf einen Erbe überging, war obligatorisch und sollte die Zersplitterung des Landes vermeiden. Ebenso sollte der Besitzer – ganz der rassepolitischen Ausrichtung folgend – deutscher Nationalität oder Staatsbürgerschaft sein (vgl. PUHLE, 1975: 99ff.). Nach PUHLE (1975) waren Anfang 1939 etwa 12 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe als Erbhof anerkannt (vgl. PUHLE, 1975: 100). Im Gegenzug zu der staatlichen Bevorzugung hinsichtlich Entschuldung und bei der Ausrichtung der Preis- und Marktpolitik, verlangte der Staat wirtschaftliche und politische Leistungen (vgl. KLUGE, 2005: 90).

Trotz eines stärkeren auf Kleinbauern konzentrierten Bezuges der faschistischen Blut- und Bodenideologie profitierten von der faschistischen Agrarpolitik v.a. die Großagrarier (vgl. PUHLE, 1975: 98). So betrafen die staatlichen Entschuldungsmaßnahmen nur die Erbhöfe und die Großbetriebe, die meis-

ten Familienbetriebe, die nur eine Größe von unter 7,5 Hektar hatten, gingen leer aus (vgl. KLUGE, 2005: 95). Nach Ansicht von KLUGE, 2005 sollte damit eine Zwei-Klassen-Landwirtschaft geschaffen werden, mit Erbhöfen auf der einen und tolerierten Gutsbetrieben auf der anderen Seite (vgl. KLUGE, 2005: 29 u. 90f.). Demnach wurde unter der Ideologie, Familienbetriebe fördern zu wollen, nur größere und mittlere Betriebe gefördert. Durch den staatlichen Druck, die Produktivität zu steigern, wandelte sich der Charakter der Familienbetriebe selbst: sie wurden zu kapitalistischen Landwirten (KLUGE, 2005: 90).

Die Politik der Erbhöfe gilt in der Forschung aus mehreren Gründen als nicht erfolgreich. Jenseits dessen, dass die Erbhöfe überreguliert waren und auch im Zusammenhang mit den staatlichen Kontrollgängen im Rahmen der Hofbegehungen die Bauern in eine starke Abhängigkeit zum Staat brachten: Infolge der Konzentration auf die Rüstung und die Rüstungsindustrie, wurde der landwirtschaftliche Bereich vernachlässigt, wurde der agrarideologische Ballast abgeworfen, erhielten die Protagonisten einer Intensivlandwirtschaft auch im Rahmen der sogenannten „Erzeugungsschlacht“ die Oberhand (vgl. KLUGE, 2005: 32, 91ff.) .

Die Modernisierung der Landwirtschaft vollzog sich unabhängig davon – wenn auch langsam und schleppend (vgl. KLUGE, 2005: 93). So verfünffachte sich die Zahl der Betriebe mit Traktoren in Deutschland von 1925-1939. Die Hektarerträge stiegen nur langsam, aber sie stiegen (vgl. MAI, 2007: 479), auch wenn kriegsbedingt Produktionsmengen und Anbauflächen sanken (vgl. KLUGE, 2005: 32). Die Modernisierung zeigte sich aber auch daran, dass das Leben auf dem Land für einen Großteil der Bevölkerung unattraktiv wurde. Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen, sowohl was Löhne als auch Unterbringung und Berufsperspektive betraf. Seit dem Ersten Weltkrieg bestand das Problem der Landflucht und einhergehend damit ein Arbeitskräftemangel auf dem Land (vgl. KLUGE, 2005: 84). [5] Damit führten in Deutschland nicht Rationalisierungen in der Landwirtschaft zu einem Arbeitskräfteüberschuss auf dem Land, der dann in die Städte abwanderte, sondern die Menschen gingen freiwillig.

Die Hinwendung der Bauern zum Nationalsozialismus kann als eine Form des Protestes gegen den Strukturwandel aufgefasst werden. Doch – das Diktum gilt seit Ende des 19. Jahrhunderts – die Bauern ließen sich in politische Bewegungen, in Deutschland insbesondere der faschistischen, einbinden, sie wurden jedoch nicht zu einem eigenständig handelnden Akteur. Zwar gab es im Zuge der Weltwirtschaftskrise ländliche Massenproteste, doch diese führ-

[5] Der Arbeitskräftemangel führte jedoch nicht in genügendem Maße zu einer Maschinisierung der Landwirtschaft.

ten nicht zu einer eigenständigen politischen Willensbildung und wurden von den Nationalsozialisten vereinnahmt (vgl. KLUGE, 2005: 27ff.).

Damit hat es den Anschein als ob weder die mächtigen Lobbyorganisationen noch die Massenbasis der ländlichen Bevölkerung irgendwelchen Widerstand oder einen Richtungswechsel herbeiführen konnte. Der einzige Erfolg, den diese Akteure zu verzeichnen haben, war eine Verzögerung der Modernisierungsprozesse.

2.2 Nach dem zweiten Weltkrieg

Auch die Etappe nach dem zweiten Weltkrieg scheint die These zu bestätigen: Soziale Akteure und ihre Vorstellungen von der Richtung der Landwirtschaft haben keinen richtungsweisenden Einfluss auf deren Entwicklung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Lage in Deutschland prekär.[6] Der Grundnahrungsbedarf konnte nach dem Krieg nur zu 50 Prozent aus eigener Erzeugung bestritten werden (vgl. KLUGE, 2005: 35f.). Somit wurde Leitbild der Agrarpolitik eine Produktivitätssteigerung, um die Grundversorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen. Die Entwicklung der Landwirtschaft vollzog sich in den beiden Landesteilen Ost und West unterschiedlich. Im Westen – auf dessen Entwicklung sich hier konzentriert wird – ist eine Kontinuität der Agrarpolitik zu der Vorkriegszeit festzustellen. Zum einen hinsichtlich des Prinzips der Marktordnung und des Protektionismus und zum anderen hinsichtlich der Doppelbewegung zwischen der Förderung der Familienlandwirtschaft und der Bevorzugung von Großbetrieben. Auf beide Entwicklungen soll gleich näher eingegangen werden.

Zunächst jedoch einige Worte zur Organisation landwirtschaftlicher Interessen. Der Deutsche Bauernverband (DBV) wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als neue mächtige Lobbyorganisation gegründet. PUHLE (1975) stellt eine gewisse Kontinuität fest: Der DBV aller faschistischen Ideologie entledigt, gab sich staatsloyal und blieb in seiner politischen Ausrichtung konservativ. Der Verband verfolgte zwei Doppelstrategien: Erstens propagierte er einerseits den Familienbetrieb andererseits unterstützte er die Interessen der Großgrundbesitzer und zweitens forderte er Strukturreformen verlangte aber gleichzeitig eine Intervention des Staates (vgl. PUHLE, 1975: 109). Nach Einschätzung von KLUGE (2005) verfolgte der DBV nach Ende des Krieges ebenso irreale Zukunftsziele, wie ein Gleichgewicht zwischen Stadt und Land (vgl. KLUGE, 2005: 101). Trotz abnehmender Basis infolge des Höfesterbens

[6] Die Nahrungsmittelversorgung war unsicher: Während des Krieges konnte eine Hungerkatastrophe unter der deutschen Bevölkerung nur durch eine Umverteilung der Lebensmittel aus den besetzten Gebieten – womit deren Bevölkerung dem Hunger preisgegeben wurde – bestritten werden. vgl. KLUGE, 2005.

in den folgenden Jahrzehnten konnte der DBV seinen Einfluss auf die Agrarpolitik erhalten, erst auf Bundes-, dann mit der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) seit den 1960er Jahren ebenso auf Europaebene und bis heute (vgl. Puhle, 1975: 105ff., Kluge, 2005: 109).

2.2.1 Förderung der Familienlandwirtschaft und Landflucht

Durch die bewusste Entscheidung für eine Ausnahme der Landwirtschaft von der damals propagierten „sozialen Marktwirtschaft“ von Seiten der Agrarpolitik (vgl. Kröger, 2006: 102) wurde an den Marktordnungsprinzipien der Weimarer Zeit und des Nationalsozialismus angeschlossen. Dieses Marktordnungssystem wurde später in den 1960er Jahren von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) übernommen,

Unter Adenauer wurde versucht, die Familienbetriebe zu stärken und die Landflucht zu stoppen (vgl. Kluge, 2005: 39ff.). Strukturelle Veränderungen zum Beispiel durch eine Veränderung der Betriebsstruktur und der Eigentumsverhältnisse war nicht Ziel der Agrarpolitik. Kröger (2006) stellt fest: „Der Betrieb blieb im Besitz einer Familie, welche ihr Einkommen über ihn erwirtschaftete. Ein Wandel hin zur rein industriell organisierten Nahrungsmittelproduktion, in welcher ein Betrieb über ein dezentral und hierarchisch organisiertes Management verfügt und der das Gegenmodell zur bäuerlich strukturierten Landwirtschaft darstellt, war nicht abzusehen und politisch auch nicht gewollt“ (Kröger, 2006: 114). Der Familienbetrieb sollte auch in Absetzung zum Kommunismus gefördert werden (vgl. Kluge, 2005: 99). Tatsächlich konnte durch staatliche Hilfe die Familienbetriebe ein hohes Produktivitätsniveau erreichen, wirkte die Agrarpolitik einem Strukturwandel von Klein- zu Großbetrieben entgegen (vgl. Kluge, 2005: 38 u. 100).

Hinsichtlich des angestrebten Zieles einer Produktivitätssteigerung war diese Politik schnell erfolgreich: schon 1952/53 bestand in Westdeutschland keine Mangelsituation mehr (vgl. Kröger, 2006: 104). Dennoch setzte sich die Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft fort (vgl. Kluge, 2005: 39ff.) Nicht nur scheiterte die Ansiedlungspolitik nach dem Krieg, es setzte auch eine Landflucht ein, die durch die ersten agrarpolitischen Maßnahmen unter Adenauer nicht aufgehalten werden konnte (vgl. Kluge, 2005: 101f.). Ebenso ist eine Erosion der Vollerwerbsbetriebe zu Neben- und Zuverdienerbetrieben zu beobachten.

Die Veränderungen in der Landwirtschaft in den 1950er und 1960er Jahren betrafen einen höheren landwirtschaftlichen Input von Maschinen, Pestiziden und Dünger. Kröger, 2006 nennt folgende Zahlen: Der Verbrauch von Handelsdünger verdoppelte sich in der BRD von 1950 bis 1964 bei Stick-

stoff, Phosphat und Kali. Ebenso verdoppelte sich die ausgebrachte Menge von Pflanzenschutzmitteln im gleichen Zeitraum.[7] Der Bestand an Mähdreschern stieg auf über das vierfache von 26.000 im Jahr 1958 auf 134.500 im Jahr 1965 (vgl. KRÖGER, 2006: 122). Ebenso sank die Anzahl der Klein- und Kleinstbetriebe im gleichen Zeitraum (Betriebsgröße unter 10 Hektar) und stieg bei den mittleren Betrieben mit einer Betriebsgröße zwischen 10 und 50 Hektar (vgl. KRÖGER, 2006: 124).[8] Die Anzahl der Beschäftigten sank zwischen 1954-1965 von rund 6,2 Millionen Beschäftigten um etwa 40 Prozent auf 3,7 Millionen (vgl. KRÖGER, 2006: 30).[9] Dennoch blieb die Landwirtschaft hinter den anderen Wirtschaftsbereichen zurück. Kennzeichnend hierfür war, dass das Einkommen der Landwirte unter dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung blieb (vgl. KRÖGER, 2006: passim).

Trotzdem also der Strukturwandel durch die Agrarpolitik vernachlässigt wurde, vollzog er sich, wenn auch nicht plötzlich, so doch in einem lang anhaltenden Prozess. Dieser Prozess wurde ohne Widerstand der Bevölkerung hingenommen. Die alten bäuerlichen Normen und Werte wurden, ohne darauf zu beharren, verabschiedet. Damit traf die Modernisierungspolitik auf Zustimmung in der Bevölkerung (vgl. KRÖGER, 2006: 152ff.).

2.2.2 Mansholdt-Plan und Überschussproduktion

Selbst nach erlangtem Selbstversorgungsgrad wurde die Politik der Produktionssteigerung nicht gestoppt. Auf europäischer Ebene konnten sogar Überschüsse produziert werden. Diese konnten in den 1970-80er Jahren in allen wichtigen Grundnahrungsmitteln in so gut wie allen europäischen Ländern erreicht werden (vgl. KRÖGER, 2006: 187ff.). Die Überschussproduktion sollte die europäische Agrarpolitik noch bis heute beschäftigten und verband sich mit einer aggressiven Exportpolitik.

Eine Abkehr von dem Familienbetrieb als Leitbild gilt nach KLUGE (2005) nur eine kurze Phase in den 1970er-80er Jahren. Kennzeichnend hierfür ist der Mansholdt-Plan, der eine Zäsur in der europäischen Agrarpolitik darstellt (vgl. zu dieser Einschätzung KRÖGER, 2006: 165) und für eine aggressive Förderung der Großbetriebe eintrat. Sein Ziel war, die Abwanderung zu fördern, um große Bewirtschaftungseinheiten zu schaffen. Gegen die Politik

[7] In 1000t: Stickstoff 1950/51: 361,6; 1963/64: 746,5; Phosphat: 1950/51: 417,7; 1963/64: 764,0; Kali: 1950/51: 659,0, 1963/64: 1125,3. Vgl. KRÖGER, 2006: 120. Verbrauch Pflanzenschutzmittel 1951 rund 58.000 t und 1963 108.000 t. Vgl. KRÖGER, 2006: 121.

[8] KRÖGER (2006) gibt kaum Veränderungen bei Betrieben mit einer Betriebsgröße ab 50 Hektar an, das heißt, dass die Kleinbetriebe zu Gunsten der mittleren Betriebe aufgaben, während keine Konzentrationsprozesse an der Spitze stattfanden.

[9] Das war der stärkste Rückgang in einer Nachkriegsdekade. Im Jahr 2000 waren nur noch 1,4 Millionen Beschäftigte in der Landwirtschaft tätig.

des „Wachse oder Weiche“ polemisierte der DBV nur halbherzig (vgl. KLUGE, 2005: 44.). Der Mansholdt-Plan wurde so nicht umgesetzt ging aber in modifizierter Version in die europäische Richtlinie zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (17. April 1972) ein. So wurden im Zuge des Mansholdt-Planes Flurbereinigungen durchgeführt (vgl. KLUGE, 2005: 104). Auch wenn der Plan letztlich scheiterte, prägte er die Agrardiskussion der damaligen Zeit (vgl. KRÖGER, 2006: 169; PUHLE, 1975: 110).

1990 wurde wieder der bäuerliche Familienbetrieb zum Leitbild (vgl. KLUGE, 2005: 47ff.)

2.2.3 Sozial-ökologische Reformversuche seit den 1980er Jahren

Seit den 1990er Jahren wird in Europa eine Agrarreform angestrebt, um den Folgen von Automatisierung und Hochtechnisierung im Agrarbereich zu begegnen (vgl. KLUGE, 2005: 105). Erste Reformbestrebungen hatte er bereits in den 1980er Jahren gegeben. Gleichzeitig blieb jedoch das Leitbild eines stetigen Produktionszuwachses erhalten, setzte sich der Strukturwandel fort (vgl. KLUGE, 2005: 56ff. u. 106ff.). Dieser Strukturwandel ist nicht nur an einer stärkeren Erosion der Vollerwerbsbetriebe erkennbar, sondern auch am Verfall der dörflichen Sozialstruktur sowie einer weiteren Zunahme der Integration der Landwirtschaft in Industrie, Handel und Gewerbe.

Soziale und ökologische Maßnahmenpakete wurden nur halbherzig umgesetzt oder durch unökologische und unsoziale Maßnahmen konterkariert. Auf eine Beispiel weist KRÖGER (2006) hin. In der sogenannten MacSharry Reform auf Europaebene Anfang der 1990er Jahre, die sozialökologische Förderinstrumente in Form von Direktzahlungen etablieren sollte, wurde ebenso die Silomaisprämie eingeführt. Als Folge dieser Prämie wurde das nichtsubventionierte Kleegras und Grünlandfutter durch den Mais verdrängt (vgl. KRÖGER, 2006: 213).

Auch die Agenda 2000 der europäischen Union, die in den 1990er Jahren umgesetzt wurde, welche die sogenannte Zweite Säule in der europäischen Agrarpolitik etablierte, brachte keine Wende. In der Zweiten Säule wurden Fördermaßnahmen zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung, die zum Teil schon vorher bestanden, neben der klassischen Marktordnung der Ersten Säule zusammengefasst. Die Ausgaben in der Zweiten Säule stellen nur 10 Prozent der Gesamtausgaben dar und können keine Korrekturwirkung der bisherigen Agrarpolitik erzielen (vgl. KRÖGER, 2006: 218ff. u. 241).

Die Agrarwende von 2001 sollte in Deutschland die ökologische Landwirtschaft fördern. Dies gelang aber nur in Maßen: bis 2011 konnte der Anteil der ökologischen Landwirtschaft nur auf 6.1 Prozent gesteigert werden. Auch wenn die ökologische Landwirtschaft zwischen 2000 und 2001 zweistellige Zu-

wachsraten aufweisen konnte, blieb ihr Anteil marginal. Eine wirkliche Wende fand nicht statt. Ebenso ist der Ökolandbau selbst vor Industrialisierungsprozessen nicht gefeit.

Kluge (2005) stellt fest, dass es kein neues Leitbild für die Landwirtschaft im 21. Jahrhundert gebe (vgl. Kluge, 2005: 61). Er kommt zu dem Schluss, dass kapitalistische Großbetriebe nicht die gesellschaftlichen Funktionen erzeugen können, die an sie herangetragen werden: wie Ressourcenschonung, Pflege der Kulturlandschaft, Erhaltung der Artenvielfalt (vgl Kluge, 2005: 62). Hinsichtlich der Doppelstrategie des DBV hat sich hingegen nichts geändert: Trotz des Leitmotivs Familienbetrieb betrieb der DBV eine Polarisierung zwischen kapitalorientierten Intensivbetrieben und Extensivwirtschaften. „Zur Doppelstrategie des DBV gehört auch die künstliche Erhaltung eines vorzeigbaren Restbestands an bäuerlichen Familienbetrieben zur Mobilisierung agrarprotektionistischer Maßnahmen“ (Kluge, 2005: 109). Der DBV verlor durch das Höfesterben einen großen Teil seiner Anhängerschaft, konnte aber dennoch aufgrund personeller und institutioneller Verflechtungen seinen Einfluss erhalten.

Damit ist trotz anders lautender Aussagen kein Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik erfolgt. Auch in den der jüngsten EU-Agrarreform wurde die zweite Säule nicht wesentlich gestärkt. Trotz Agrarwende, findet auch in Deutschland ein Landgrabbing statt, werden Großanlagen zur Massenproduktion von Tieren angelegt. Währenddessen richtet sich der ökologische Landbau in seiner Nische ein.

3 Ideologie

Haben soziale Akteure überhaupt Einfluss auf den Gang der Geschichte? Wie kann es sein, dass eine starke Lobbyorganisation über Jahrzehnte und über mehrere politische Umbrüche hinweg für einen Schutz der Familienlandwirtschaft einsetzt, diese aber unter der Hand weg beständig erodiert? Fangen wir noch einmal an einer anderen Stelle von vorne an und zwar in Amerika.

In seinem Buch „White Collar“ aus dem Jahr 1951 beschreibt C. Wright Mills den Aufstieg der amerikanischen Mittelklasse als Aufstieg großer Unternehmen mit jeweils großen, von Angestellten bevölkerten, bürokratischen Apparaten. Hierbei beschreibt er auch die Bilder, mit denen die Heraufkunft der Großunternehmen begleitet wurde.

Eines hiervon ist das Bild des Kleinunternehmers (vgl. Mills, 1969: 34ff.). In der Ideologie des amerikanischen Kapitalismus konkurrieren Kleinunternehmen nicht nur auf einem Markt um Kunden miteinander, sondern auch um soziales Prestige in ihrer Heimatgemeinde, in der sie sich in öffentlichen

Angelegenheiten engagieren (vgl. Mills, 1969: 44). Durch ihr Engagement in der Gemeinde als auch als Sinnbild des arbeitssamen Unternehmergeistes, genießen sie eine große Wertschätzung in der Bevölkerung. An dem Prestiges, das Kleinunternehmer in der Öffentlichkeit haben, können Großunternehmen partizipieren, obwohl sie weniger durch Selbstausbeutung als durch die Ausbeutung fremder Arbeitskraft ihr Geld verdienen und in den Kleinstädten schon aufgrund ihrer Größe weniger verwurzelt sind (vgl. Mills, 1969: 14 u. 46f.).

Die typischen Kleinunternehmer in Amerika – so Mills weiter –, die zu diesem Idealbild geführt haben, seien aber nicht Unternehmen im Bereich der Fertigung und des Handels gewesen, sondern vielmehr Landwirte (vgl. Mills, 1969: 20f). Im Gegensatz zu Europa, bildete im 19. Jahrhundert die Familienlandwirte in den USA eine breite Schicht (vgl. Mills, 1969: 4). Auf sie traf die Charakterisierung hart arbeitender Unternehmer, die auch ihren Teil zur Gestaltung des Gemeinwesens beitragen, zu. Wirkliche Kleinunternehmer habe es in den USA nie gegeben.

Die Anzahl der Landwirte sei durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft ebenso zurückgegangen. Mit der für die USA ersten Agrarkrise in den 1920er Jahren fanden auch hier Konzentrationsprozesse statt. Die Krise führte zu einer Umverteilung des Eigentums: der Anteil der Pächter stieg und der Anteil der Landbesitzer sank. Ebenso ging der Anteil der Bauern an der Gesamtbevölkerung zurück. Während 1820 drei Viertel der Bevölkerung Bauern waren, waren es 1949 nur noch ein Achtel (vgl. Mills, 1969: 16). Ebenso stieg die landwirtschaftliche Produktivität, wenn auch nicht so stark wie die industrielle Produktion, womit Bauern überflüssig wurden und die Konzentrationsprozesse sich fortsetzten (vgl. Mills, 1969: 18). Das Bild des freien Unternehmers überdauerte aber diese Erosionsprozesse, vor allem landwirtschaftliche Interessensverbände trugen es weiter.

Jedoch war das Bild ins sich selbst nie ganz realitätsgetreu gewesen. Auch die Familienlandwirte, die zu dem Bild der frei konkurrierenden Kleinunternehmen beitrugen, waren nicht frei in ihrer Konkurrenz. Vielmehr wurden auch in den USA die Landwirte unterstützt und wurde in den Markt eingegriffen um zum Beispiel Überschüsse als Exporte abzusetzen und Preisstabilität zu erhalten (vgl. Mills, 1969: 40ff.).

Dennoch wird dieses Bild weiter am Leben gehalten, um ein Idealbild eines in der Gemeinde verwurzelten Unternehmens zu schaffen, bei dem der Unternehmer selbst hart arbeitet und die wenigen Überschüsse für wohltätige Zwecke ausgibt. Damit werde die Entwicklung weiterer Konzentrationsprozesse in der Industrie und in der Landwirtschaft bemäntelt, um den Zuspruch der Bevölkerung zu erhalten.

Diese Analysen sind für das Verhältnis von Agrarpolitik und landwirt-

schaftlicher Entwicklung in Deutschland ebenso erhellend. Demnach kann der Verweis auf die Familienlandwirtschaft bei den Landwirtschaftsverbänden in der deutschen Agrarpolitik des 20. Jahrhunderts dazu gedient haben, den Prozess der Rationalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft zu befrieden. Auch wenn Familienbetrieben nachgesagt wird, dass sie ökologischer und sozial verträglicher seien, da sie an dem Ort wohnen, wo produziert werde, hat erstens durch die Einbindung in landwirtschaftliche Strukturen der heutige Familienbetrieb nichts mehr mit der dörflichen Idylle von vor 200 Jahren gemein (vgl. Land und Willisch, 2002) und zweitens ist die Frage zustellen, ob diese überhaupt jemals existiert hat, hat doch der Familienbetrieb in seiner traditionellen Form auch nicht wünschenswerte Züge wie Arbeitsbelastung und Ausbeutung sozialer Beziehungen.

Die Familienlandwirtschaft und die ökologische Landwirtschaft sind nicht vollständig deckungsgleich, dennoch könnte die Diskussion um die ökologische Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten die gleiche Funktion ausgeübt haben und den Prozess einer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft bemänteln.

Jede Ideologie braucht auch eine Verankerung in der Praxis. Damit wird die ökologische Landwirtschaft gefördert, um das nostalgische Bild von der Landwirtschaft, dass die Menschen in den Städten pflegen, zu erhalten. Dass dies nicht immer bruchlos geschieht, zeigen die verschiedenen Lebensmittelskandale, sowie das neu erwachte Interesse an Aufklärung über die industrielle Nahrungsmittelproduktion in der Bevölkerung.[10] Die ökologische Landwirtschaft ist selbst ein Industriezweig, der innerhalb der existierenden Agrarstrukturen ein Nischenprodukt produziert.

4 Utopie

Die ökologische Landwirtschaft und die traditionelle, familienbetriebene Landwirtschaft als Ideologie zu bezeichnen ist ein Schlag ins Gesicht all der Menschen, die sich engagiert und mutig für eine andere Landwirtschaft einsetzen – in Europa und in anderen nicht westlich industrialisierten Ländern.

McMichael (2008) sieht in den neuen seit den 1990er Jahren auftauchenden transnationalen Agrar-Bewegungen – wie zum Beispiel La Via Campesina – ein neues welthistorisches Subjekt. Er weist darauf hin, dass die Forderungen dieser Bewegungen über die Landwirtschaft – wie zum Beispiel die Neuverteilung von Land – hinausgingen und darauf zielten, die Gesellschaft sozial und ökologisch gerecht umzugestalten. Damit werde der bislang marginalisierte Bereich der Landwirtschaft aufgewertet und als Kern einer

[10] Siehe den Erfolg der Reportage „We feed the world“.

postkapitalistischen Gesellschaft, die auf einer Bewältigung ökologischer und soziale Problemstellungen beruht, dargestellt (vgl. McMichael, 2008: 45f.).

In gleicher Weise sieht Hoering (2008) die neue Bedeutung der Landwirtschaft auf der politischen Agenda auch durch die neuen Bauernbewegungen gegeben. Zwar seien sie noch „weit davon entfernt, von der Defensive [...] zur breit gefächerten Umsetzung von Alternativen über zu gehen (sic!)“ (vgl. Hoering, 2008: 71), jedoch hätten die neuen Bauernbewegungen gestützt auf nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen ihre eigene Entwicklungsalternativen entworfen (vgl. Hoering, 2008: 73). Er kennzeichnet diese Alternativen anhand von vier Merkmalen: Erstens die ökologische Landwirtschaft als alternative Form landwirtschaftlicher Praxis, zweitens die Organisation in Genossenschaften, drittens der Kampf um die Rückgewinnung über die Kontrolle von Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut sowie viertens die Forderung nach staatlicher Regulierungen zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft (vgl. Hoering, 2008: 75).

Das Konzept der Ernährungssouveränität macht den politischen Anspruch der neuen Agrarbewegungen beispielhaft deutlich. Dieses Konzept wurde von verschiedenen Netzwerken aufgenommen unter anderem auch von La Via Campesina. In der Abschlussdeklaration einer Konferenz zivilgesellschaftlicher Organisationen im Juni 2002 in Rom wird Ernährungssouveränität als das Recht von Menschen, Gemeinden und Ländern bezeichnet, die Nutzung ihres ländlichen Raumes – insbesondere für die Produktion von Nahrungsmitteln auch durch die Landwirtschaft – selbst zu gestalten.[11] Dabei werden sowohl landwirtschaftliche Praktiken angesprochen, wie agrar-ökologische Anbaumethoden, als auch die Forderung nach einer wirtschaftlichen Absicherung gestellt, wie faire Preise und der Zugang zu Ressourcen. Darüber hinaus werden gesellschaftspolitische Themen angeführt wie zentral die Geschlechtergleichheit und die Kontrolle von Ressourcen durch eine Gemeinde. Weiterhin werden auch klassische Forderungen an den Staat gestellt wie hinsichtlich des Schutzes lokaler landwirtschaftlicher Produktion und des Schutzes von Saatgut (vgl. NGO/CSO Forum for food sovereignty, 2002).

Die Verhältnisse in der Landwirtschaft sind in nichtwestlichen Industrieländern andere. Meist lebt noch ein größerer Teil der Bevölkerung auf dem Land. In Brasilien, der Heimstatt von La Via Campesina, immerhin noch 10 Prozent. Es könnte sein, dass in der oben genannten Erklärung die Sichtweise auf die Lage der Landwirtschaft in den Ländern des Südens zu stark den Problemhorizont beeinflusst hat. Spezifischer für die westlichen Industrieländer

[11] Nahrungsmittelproduktion findet im ländlichen Raum nicht nur durch die Landwirtschaft, sondern zum Beispiel auch durch Fischerei und Weidewirtschaft statt.

kann die Abschlusserklärung von Krems angeführt werden, die dem Europäischen Forum für Ernährungssouveränität im August 2011 folgte. Auch hier heißt es: „Wir sind davon überzeugt, dass Ernährungssouveränität nicht nur ein Schritt hin zur Veränderung unserer Lebensmittel- und Agrarsysteme ist, sondern auch ein erster Schritt hin zu einem breiteren Wandel unserer Gesellschaften." Gefordert wird eine Umgestaltung der Nahrungsmittelproduktion, die demokratische Mitgestaltung ermöglicht und die erfolgten Konzentrationsprozesse im Agrarsektor rückgängig macht. Die Nahrungsmittelproduktion soll dezentral von einer Vielzahl von Produzenten erfolgen und demnach die Anzahl der Bauern/Bäuerinnen erhöhen. Es wird aber auch eine Änderung der Esskultur eingefordert. Auch hier werden Forderungen an die staatliche Politik gestellt, dies zu unterstützen und zu schützen, wobei ebenso die Gemeingüter angesprochen werden, die durch „kollektive, demokratische und gemeinschaftliche Kontrolle verwaltet werden" sollen (vgl. Europäisches Forum für Ernährungssouveränität, 2011).

Damit transportieren die Agrarbewegungen eine Opposition zur hegemoniellen Sichtweise auf die Ordnung des Sozialen. Die Zukunftsvorstellungen bleiben in diesen Erklärungen im Vagen, jedoch gibt es praktische Beispiele, wie diese Visionen von einer anderen Welt bereits gelebt werden. In den westlichen Industrieländern wird prominent die Community Supported Agriculture (CSA) oder solidarische Landwirtschaft diskutiert. Grundprinzip dieser Form von Landwirtschaft ist eine enge Bindung der Konsumenten an den landwirtschaftlichen Betrieb. Die Abnehmer sichern die Abnahme der landwirtschaftlichen Produkte durch Vorauszahlungen und erhalten im Gegenzug Mitspracherechte darüber, was wie angebaut wird. Durch solche Projekte kann gezeigt werden, dass es Alternativen geben könnte und das sie, zumindest im Kleinen, funktionieren.

5 Fazit

Was im Bereich der Landwirtschaft beobachtet werden kann, sind Kämpfe um die Funktion einer alternativen, ökologischen Landwirtschaft. Der Ideologiebegriff von Mills ist sicherlich unterkomplex, da er Ideologie als eine Art Hysteresis einst angemessener Wirklichkeitsbeschreibungen darstellt, die nun instrumental von einer Gruppe sozialer Akteure missbraucht werden, um ihre Interessen durchzusetzen. Ideologien sind nach Marx Produkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Insbesondere der Teilung zwischen Hand- und Kopfarbeit. Fakt ist: sowohl die ökologische als auch die industrielle Landwirtschaft sind für Ideologien anfällig, da sie die Trennung vom Kopf- und Handarbeit fortführen: Es gibt eine Verwissenschaftlichung beider landwirt-

schaftlicher Praktiken. Für die Agrar-Ökologie gibt es eine Universität und entsprechende Ausbildungsprogramme.

Was sich in der Auseinandersetzung um die richtige landwirtschaftliche Praxis widerspiegelt (ohne von ihr determiniert zu sein), sind die Auseinandersetzungen um die richtige Gesellschaft. Diese Vorstellungen sind sowohl in der Ideologie als auch der Utopie enthalten, wie vage und empirisch fehlerhaft diese Gesellschaftsvorstellungen auch immer gehalten werden. Die Vorstellung freier Kleinunternehmer die in freier Konkurrenz miteinander interagieren ist dabei nichts weiter als eine Gesellschaftsutopie, die so nicht existiert. Genauso wie der familienfreundliche Kleinbauer, der sorgsam auf die Natur und seine Mitmenschen achtet und bestimmte Techniken vermeidet, in dieser Idealform kaum aufzufinden sein wird. Dennoch unterstützen diese Idealbilder eine bestimmte landwirtschaftliche Praxis.

Im Prinzip werden neue Ideen, Organisationsweisen usw. entwickelt, aber all diese Erfolge können immer auch vereinnahmt werden von politischen Kräften, die den ursprünglichen Intentionen widersprechen. Bereits für die ökologische Landwirtschaft wurden in den westlichen Industrieländern alternative Vermarktungs- und Produktionsstrukturen geschaffen, wurde die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft zu einem wichtigen Verbündeten der Umweltbewegung. Dennoch ist die ökologische Landwirtschaft nicht vor Industrialisierungstendenzen gefeit. Damit ist die ökologische Landwirtschaft, sind die Alternativen zur Landwirtschaft sowohl Ideologie als auch Utopie. Die ökologische Landwirtschaft ist selbst keine politische Kraft. Sie braucht Partner.

Literatur

Bruckmüller, Ernst (2008). Eine „grüne Revolution“ (18.-19. Jahrhundert). In Cerman, Markus et al. (Hg.), Agrarrevolutionen. Verhältnisse in der Landwirtschaft vom Neolithikum zur Globalisierung., Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag. S. 206–226.

Europäisches Forum für Ernährungssouveränität (2011). Ernährungssouveränität in Europa Jetzt. Nyeleni Europa 2011: Europäisches Forum für Ernährungssouveränität.

Hermand, Jost (1991). Grüne Utopien in Deutschland. Zur Geschichte des ökologischen Bewußtseins. Frankfurt am Main: Fischer.

Hobsbawm, Eric (1977 [Engl. Erstv. 1975]). Die Blütezeit des Kapital. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875. München: Kindler.

Hobsbawm, Eric (1998). Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Deutscher Taschenbuchverlag, [engl. erstv. 1994] Aufl.

Hoering, Uwe (2008). Kleinbäuerliche Landwirtschaft unter dem Druck des kapitalistischen Weltmarkts. Z. - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 76, 70–79.

Kluge, Ulrich (2005). Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Kröger, Melanie (2006). Die Modernisiserung der Landwirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung der Agrarpolitik Deutschlands und Österreichs nach 1945. Berlin: Logos Verlag Berlin.

Land, Rainer und Willisch, Andreas (2002). Unternehmen und Gemeinden im ländlichen Raum. Von der Agrarsoziologie zur Soziologie der ländlichen Gesellschaft. Berliner Debatte Initial, 13(1), 97–109.

Mai, Gunther (2007). Die agrarische Transistion. Agrarische Gesellschaften in Europa und die Herausforderungen der industriellen Moderne im 19. und 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft, 33(Deagrarisierung / Hrsg. dieses Heftes: Jürgen Osterhammel), 471–514.

Mannheim, Karl (1985). Ideologie und Utopie. Frankfurt/M.: Klostermann, [erstveröffentlichung 1929] Aufl.

McMichael, Philip (2008). Peasants Make Their Own History, But Not Just as They Please... In Borras Jr, Saturnino M. et al. (Hg.), Transnational Agrarian Movements Confronting Globalization., Malden, Oxford: Wiley-Blackwell. S. 37–60.

Mills, C. Wright (1969). White Collar. The American Middle Classes. London, Oxford, New York: Oxford University Press, [engl. erstv. 1951] Aufl.

NGO/CSO Forum for food sovereignty (2002). Food Sovereignty: A Right For All. Political Statement of the NGO/CSO Forum for Food Sovereignty.

Puhle, Hans-Jürgen (1975). Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.